

# NIEDERSCHRIFT

ÜBER DIE

ÖFFENTLICHE SITZUNG DES STADTRATES

DER STADT BURGHAUSEN

IM HELMBRECHTSAAL DES STADTSAALGEBÄUDES

AM 11.02.2026

FOLGENDE **23** STADTRAT-MITGLIEDER SIND ANWESEND:

Erster Bürgermeister

Herr Florian Schneider

Zweiter Bürgermeister

Herr Norbert Stranzinger

Dritter Bürgermeister

Herr Stefan Angstl

Stadtrat

Frau Sabine Bachmeier

Herr Norbert Englisch

Herr Alex Gassner

Frau Doris Graf

Herr Franz Kammhuber

Herr Roland Resch

Frau Johanna Schachtl

Frau Christa Seemann

Herr Dr. Markus Braun

Frau Isabelle Brodschelm

Herr Heinz Donner

Herr Bernhard Harrer

Herr Frank Kokott

Herr Peter Aldoza

Herr Gunter Strebel

Herr Stefan Niedermeier

Herr Peter Schacherbauer

Herr Hartmut Strachowsky

Herr Klaus Schultheiß

Herr Thomas Schwembauer

**Berichterstatter**

Herr Alfred Eiblmeier

Frau Silvia Gürtner

Herr Matthias Pangerl

Frau Ute Werner

Herr Manfred Winkler

**Protokollführer**

Herr Christian Edenhoffer

**ENTSCHULDIGT ABWESEND:**

**Stadtrat**

Frau Dr. Julia Jeschko

Frau Dr. Birgit Schwab

Erster Bürgermeister Florian Schneider eröffnet um 14:00 Uhr die öffentliche Sitzung des Stadtrates und stellt die ordnungsgemäße und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Die Tagesordnung wird genehmigt. Die vorgetragenen Entschuldigungen werden anerkannt.

Mit allen 23 Stimmen

Totengedenken für  
**Herrn Peter Lösch**  
Träger der Silbernen Ehrennadel der Stadt Burghausen

Am Montag, 19. Januar 2026, verstarb Herr Peter Lösch mit 84 Jahren.

Herr Peter Lösch war vom 1995 bis 2010 Erster Vorsitzender der Alpenvereinssektion Burghausen und wurde 2011 zum Ehrenmitglied des Vereins ernannt.

Für sein jahrelanges ehrenamtliches Engagement und seine Verdienste für die Alpenvereinssektion Burghausen und die Stadt wurde ihm 2008 die Silberne Ehrennadel der Stadt Burghausen verliehen.

Herr Lösch war Initiator des Kletterzentrums in Burghausen. In seine Amtszeit als Erster Vorsitzender der Alpenvereinssektion Burghausen fielen der Bau der Kletterhalle im Jahr 1997, die Erweiterungen in den Folgejahren und die Entwicklung zum Landesleistungs-zentrums. Mit dem Kletterzentrum entstand eine Einrichtung von überregionaler Bedeutung und zugleich eine Bereicherung für die gesamte Stadt.

Neben seiner Zielstrebigkeit und seinem großen Engagement um die Alpenvereinssektion zeichnete sich Peter Lösch durch seine Förderung der Jugend, der Ausbildung und des „guten Miteinanders“ aus. Der Verein entwickelte sich unter seiner Leitung zum zweit-größten Verein in Burghausen.

Die Stadt Burghausen wird Herrn Peter Lösch stets ein ehrendes Gedenken bewahren.

Totengedenken für  
**Herrn Josef Wagenhofer**  
ehemaliger Stadtrat der Stadt Burghausen

Am Montag, 26. Januar 2026, verstarb Herr Josef Wagenhofer mit 89 Jahren.

Herr Josef Wagenhofer gehörte dem Stadtrat Burghausen vom 1. Mai 1978 bis zum 30. April 1996 an. Herr Wagenhofer war im Laufe seiner Stadtratstätigkeit in fast allen Ausschüssen vertreten. Seine Schwerpunkt waren aber der Bauausschuss und die Stadtentwicklung. Hier brachte er seinen großen Sachverstand als Architekt ein.

Sein ausgleichendes Wesen und seine Bereitschaft zu Konzessionen machten ihn zu einem sehr geschätzten Stadtratskollegen.

Mit seinem großen ehrenamtlichen Engagement in vielen Raitenhaslacher Vereinen und bei der Herzogstadt trug er wesentlich zum kulturellen Leben und der Entwicklung Burg-hausens bei.

Die Stadt Burghausen wird sich in Dankbarkeit an Herrn Josef Wagenhofer erinnern und ihm stets ein ehrendes Gedenken bewahren.

## **T a g e s o r d n u n g s p u n k t e :**

1. **Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Stadtrats-Sitzung vom 21. Januar 2026**
2. **Finanzangelegenheiten**
  - 2.1. Eckdaten zum Haushalt 2026
3. **Sonstiges**
  - 3.1. Antrag AfD - Degrowth-Politik der Bundesregierung und Landesregierung ernst nehmen; wirtschaftlichen Abschwung im Stadthaushalt abbilden; zukünftiger Schuldknechtschaft Burghausens jetzt schon entgegensteuern

### **Anfragen/Sonstiges**

1. PFOA; Zahlung von Schadensersatzleistungen
2. Ortsumfahrung Burghausen
3. Kritik an den unzähligen AfD-Anträgen in den vergangenen sechs Jahren
4. Verkehrssituation Burgstraße (Hotel Glöcklhofer bis Curaplatz)
5. Jahresbericht der Behindertenbeauftragten
6. Stadtblatt Bündnis 90/Die Grünen, Kreisverband Altötting; Artikel „Zugriff für Rechnungsprüfungsausschuss auf Gesellschaften nicht gewollt“
7. Verkehrsschilder

1. Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Stadtrats-Sitzung vom 21. Januar 2026

**Es wird folgender Beschluss gefasst:**

Die vorstehende Niederschrift, welche in Abdruck den Stadtratsmitgliedern zugeleitet wurde, wird gemäß Art. 54 Abs. 2 GO genehmigt.

Mit allen 23 Stimmen

2. Finanzangelegenheiten

2.1. Eckdaten zum Haushalt 2026

Auf die Ausführungen im HA-Protokoll wird verwiesen.

*Auf beigefügte Anlage wird verwiesen.*

*Herr Erster Bürgermeister Schneider ist überzeugt, dass auch wieder wirtschaftlich bessere Zeiten kommen werden. Voraussetzung dafür ist, dass die Rahmenbedingungen in Deutschland, in Europa und weltweit so gestaltet sind, dass die chemische Industrie wieder Geld verdienen kann. Burghausen hat mit der Wacker Chemie AG das größte und bedeutendste Unternehmen vor Ort. Gleichzeitig gibt es viele weitere Industriebetriebe und mittelständische Unternehmen, die nicht zu vernachlässigen sind und die ebenso einen wichtigen Beitrag zu den Gewerbesteuereinnahmen leisten. Bei den Sparmaßnahmen müssen jahrelange Gewohnheiten hinterfragt werden. Man kann sich sicherlich manche Dinge nicht mehr leisten und man muss bereit sein, auch Schritte zurückzugehen. Die Investitionsmaßnahmen hält Herr Erster Bürgermeister Schneider für notwendig und zum jetzigen Zeitpunkt auch für richtig. Der Haushalt 2026 spart, tätigt die notwendigen Investitionen und blickt zugleich vorsichtig und verantwortungsvoll in die Zukunft. Zudem geht man in der Finanzplanung der weiteren Jahre davon aus, dass auch wieder ein Aufwärtstrend zu verzeichnen sein wird.*

*Nach Ansicht von Herrn Stadtrat Schultheiß sind die vorliegenden Eckdaten mit viel Optimismus gerechnet. Trotz der eingerechneten Einnahmen aus Grundstücksverkäufen i. H. v. 20 Mio. € sind die Rücklagen am Ende des Jahres 2027 nahezu aufgebraucht. Ein zentrales Problem ist, dass mit den Einnahmen der Verwaltungshaushalt nicht ausgeglichen werden kann. Dass hierzu immer wieder Zuführungen aus dem Vermögenshaushalt notwendig sind, kann keine dauerhafte Lösung sein. Die steigenden Personalkosten in den letzten Jahren schlagen sich jetzt spürbar nieder. Durch die steigenden Löhne wird es von Jahr zu Jahr schwieriger, diese Kosten zu erwirtschaften. Deshalb muss genau geprüft werden, ob freiwerdende Stellen möglichst intern nachbesetzt werden können, um eine Neueinstellung zu vermeiden. Man muss bei den Personalkosten unbedingt wieder auf ein finanzierbares Maß zurückkommen. Laut Herrn Stadtrat Schultheiß sind in den Eckdaten die Kosten für das Technikum nicht enthalten. Auch wenn die Kosten hierfür eine städtische Gesellschaft betreffen, werden diese letztendlich von der Stadt zu tragen sein. Die Finanzplanung für die Jahre 2027 und 2028 ist auch sehr optimistisch. Der Verlust der Wacker Chemie AG wird die Stadt voraussichtlich ein bis zwei Jahre beschäftigen. Aufgrund der Möglichkeit des Verlustvortrags werden wohl keine großen Gewerbesteuereinnahmen verzeichnet werden können. Es wird jetzt sehr deutlich, wie abhängig die Stadt von diesem Industrieunternehmen ist.*

*Herr Erster Bürgermeister Schneider bestätigt, dass vorrangig interne Umbesetzungen geprüft werden. So konnten bspw. für die Leitung der Geschäftsstelle und die Leitung des Einwohnermeldeamts interne Lösungen gefunden werden. Das Problem liegt jedoch vorrangig in der Vielzahl der Aufgaben. Es muss geprüft werden, welche in der Vergangenheit geleistete Aufgabe ist eine Pflichtaufgabe und welche freiwillige Aufgabe ist weiterhin zwingend notwendig oder kann zukünftig evtl. in kleinerer Art und Weise erfolgen. Dann bräuchte man auch weniger Personal für die Erfüllung der Aufgaben. Bzgl. der Haushalte der städtischen Gesellschaften weist Herr Erster Bürgermeister Schneider darauf hin, dass das Geld ursprünglich von der Stadt an die Gesellschaften geflossen ist.*

Bei der Burghauser Wohnbau GmbH waren die Transferleistungen in den letzten fünf Jahren wesentlich höher, als die 1 Mio. €, die jetzt von der BuWoG zurückgezahlt wird. Genauso wurde das Geld der Stadt für den Kauf von Grundstücken verwendet, mit dem Ziel, diese dann entsprechend werthaltig zu verkaufen. Deshalb ist es richtig, das Geld aus den Gesellschaften zurückzuholen und die Grundstücke zu verkaufen. Richtig ist, dass die Planungen für 2029 mit einer extrem großen Unsicherheit behaftet sind. Allein schon das Jahr 2027 ist schwierig vorauszusagen. Wir werden massiv und zügig gegensteuern, wenn sich Verschlechterungen ergeben sollten. Gleichzeitig heißt es aber auch nicht, dass das Geld wieder ausgegeben werden kann, wenn eine Verbesserung eintritt. Auch dann gilt es vorsichtig zu bleiben. Es muss genau geprüft werden, was die nächsten Jahre noch leistbar ist und was nicht.

Laut Herrn Zweiten Bürgermeister Stranzinger hat sich die Stadt in der Vergangenheit durch die hohen freiwilligen Leistungen ausgezeichnet. Umso schmerzhafter ist es jetzt aber auch, wenn spürbare Einschränkungen vorgenommen werden müssen. Während dies in anderen Kommunen bereits Realität ist, war man das in Burghausen lange nicht gewohnt. Bezüglich der Grundstücksverkäufe weist Herr Zweiter Bürgermeister Stranzinger wie schon in der Hauptausschusssitzung darauf hin, dass hier nicht vorschnell gehandelt werden sollte. Vor allem bei den strategisch wichtigen Grundstücken in der Stadtmittle sollte ein Verkauf sehr gut überlegt werden. Hinsichtlich der Investitionen wiederholt Herr Zweiter Stranzinger eine Ausführungen aus der Hauptausschusssitzung vom 04.02.2026. Es ist zu hoffen, dass die positiven Prognosen für das Jahr 2028 eintreffen, die Gewerbesteuerereinnahmen wieder steigen und damit wieder eine Zuführung in die Rücklage möglich ist. Man muss aber auch sehen, dass manche von den nicht realisierten Projekten eigentlich unbedingt benötigt werden (z. B. Neubau einer Turnhalle für die Hans-Kammerer-Schule). Es gilt optimistisch zu bleiben, dass sich die Industrie wieder erholt und dass die Politik auch über Deutschland hinaus in naher Zukunft wieder auf stabilen Beinen steht.

Herr Stadtrat Schacherbauer hätte sich gewünscht, dass die Eckdaten schon im Dezember 2025 vorgelegen hätten. Dann hätte man wie gewohnt den Haushalt im Januar vorberaten und im Februar beschließen können. Jetzt soll der Haushalt in der Stadtratssitzung am 29.04. beschlossen werden, die Amtsperiode des jetzigen Stadtrats endet dann am 30.04.2026. Die Vorredner haben bereits darauf hingewiesen, wie schwierig die aktuelle Haushaltssituation ist. Die weltpolitische und weltwirtschaftliche Lage hat hier insbesondere auf Burghausen einen maßgeblichen Einfluss und lässt für die Zukunft keine Euphorie erwarten, zumal auch von der wirtschaftlichen Seite die Wachstumsprognose für das laufende Jahr auf 1% reduziert wurde. Die großen politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen sieht Herr Stadtrat Schacherbauer hier nicht. Die kommenden Jahre werden eher schwierig. Die Annahmen bei den Gewerbesteuerereinnahmen sind optimistisch. Wenn sich die Einnahmen so entwickeln, ist es erfreulich, wenn nicht wird man sich noch weiter einschränken müssen. Wenn man die Haushalte 2020 und 2026 miteinander vergleicht, zeigt sich laut Herrn Stadtrat Schacherbauer ein strukturelles Problem auf der Ausgabenseite. In diesen sechs Jahren haben sich die Kosten für die Positionen Personalausgaben, Betriebs- und Erhaltungsaufwand sowie Zuweisungen und Zuschüsse um insgesamt 12 Mio. € gemehrt - trotz der bereits für den Haushalt 2026 eingeplanten Einsparungen. Hier muss man ein besonderes Augenmerk darauflegen und sich in Zukunft ggf. strukturell anders aufstellen. Sonst läuft man Gefahr, dass der Haushalt nicht mehr so sicher aufgestellt werden kann, wie es gewollt ist.

Herr Erster Bürgermeister Schneider entgegnet, dass bereits bei der Haushaltsklausur am 31.10.2025 ähnliche Eckdaten präsentiert wurden, damals sogar mit einer pessimistischeren Annahme der Gewerbesteuerereinnahmen (20 Mio. €). Richtig ist, dass die Kosten gestiegen sind. Bei den Baukosten ist die letzten fünf bis sechs Jahre eine Steigerung von ca. 50% zu verzeichnen. Auch die Energiekosten und Personalkosten sind gestiegen. Richtig ist auch, dass das städtische Personal aufgestockt wurde. Zum einen für Aufgaben, die in diesen Jahren wesentlich hinzugekommen sind (Ganztagsbetreuung an den Schulen) aber auch, um in bestimmten Bereichen (z. B. Bauabteilung) nicht mehr auf externe Dienstleister angewiesen zu sein, sondern auch Dinge mit eigenem Personal selbst abwickeln zu können. Herr Erster Bürgermeister Schneider gibt Herrn Stadtrat Schacherbauer Recht, dass man die Entwicklung der Personalkosten genau im Blick haben muss und gewisse Positionen die nächsten Jahre auf den Prüfstand gestellt werden müssen. Wichtig ist, jetzt eine gewisse Grundbasis zu legen und die Entwicklung der nächsten Jahre gut zu beobachten, um darauf reagieren zu können.

Auf entsprechende Nachfrage von Herrn Stadtrat Kokott antwortet Herr Erster Bürgermeister Schneider, dass die Einnahmen aus den Grundstücksverkäufen u. a. die Max-Aicher-Fläche und innerstädtische Grundstücke betreffen. Herr Stadtrat Kokott weist darauf hin, dass dann die Einnahmen bei den Rückzahlungen der Kapitalrücklage erscheinen müssten und nicht direkt bei den Grundstücksverkäufen.

Herr Stadtrat Kammhuber dankt Herrn Ersten Bürgermeister Schneider für die Auflistung der geplanten, aber nicht umgesetzten Investitionen. Das zeigt, dass der Stadtrat auch in schwierigen Zeiten bewusst und verantwortungsvoll handelt. Es bestanden auch Überlegungen, die Kreuzung beim Bahnhof umzubauen und die Tiefgarage Marktler Straße mit der Tiefgarage Salzachzentrum zu verbinden. Auch diese beiden Projekte wurden nicht weiterverfolgt. Auch der Kauf des Salzach-Areals und die spätere eigenständige Entwicklung haben geholfen, bereits beschlossene Ausgaben in Verbindung mit der Bebauung durch HBB zu vermeiden. Auch hier hat man kostenbewusst mit den städtischen Finanzen gehandelt. Bei den Personalkosten sehen die Planungen kein weiteres Wachstum vor. Letztlich agiert Herr Erster Bürgermeister Schneider so bewusst und verantwortungsvoll, dass hier nicht Personal übermäßig angehäuft wird. Dass zur Generierung von Einnahmen auch Grundstücke verkauft werden sollen, ist nicht verwerflich. Die Grundstücke sind ebenfalls als eine Art Rücklage zu sehen, sodass ein Verkauf zu gegebener Zeit durchaus als sinnvoll zu sehen ist. Die vorgelegten Eckdaten zeigen, dass die Stadt mit Verantwortung und Zuversicht in die Zukunft geht, ohne sich kaputtsparen zu müssen. Dennoch muss man sich auch bewusst sein, dass weitere Einsparungen notwendig sein werden, wenn sich die finanzielle Lage nicht bessert.

Nach Ansicht von Herrn Stadtrat Schwembauer ist Optimismus hier fehl am Platz. Die chemische Industrie befindet sich seit 2019 in einer strukturellen Krise, da weniger investiert als beschrieben wird. Genau aus diesem Grund hat die AfD auch jeden bisher vorgelegten Haushalt abgelehnt, weil diese Entwicklung in den Haushalten der vergangenen Jahre nicht ausreichend berücksichtigt wurde. Als zentrale Ursache sieht Herr Stadtrat Schwembauer die europäischen Rahmenbedingungen, insbesondere die EU-Chemikalienstrategie und die Ausweitung der REACH-Regelungen. Durch strengere Definitionen und Verbote - etwa im Bereich PFOS - werde die Produktion und der Verkauf marktfähiger Produkte auf dem Weltmarkt nahezu unmöglich. Dies wird natürlich auch negative Einflüsse auf den städtischen Haushalt und auch auf den Landkreis Altötting haben. Daher müssen auch die Sparmaßnahmen weiter fortgesetzt werden:

- Sanierung Hallenbad stoppen
- Bau des Wohnbauprojekts Wohnen für Jung und Alt einstellen
- Haus der Familie verkaufen
- Zuschüsse an den ÖPNV auf 0 reduzieren

Herr Stadtrat Schwembauer befürchtet, dass man in zwei bis drei Jahren genau an diesem Punkt sein wird, weil die EU die Rahmenbedingungen zum Nachteil der Stadt dementsprechend setzen wird.

Herr Stadtrat Aldoza widerspricht der Aussage von Herrn Stadtrat Kammhuber, dass der Verkauf städtischer Grundstücke als unproblematisch gesehen werden kann. Grundstücke, die künftig für Wohnbebauung oder für den Bau von öffentlichen Gebäuden benötigt werden könnten, sollten keinesfalls verkauft werden. Problematisch sieht Herr Stadtrat Aldoza die Situation beim Technikum. Es wird seit Jahren gefordert, dass sich der Freistaat Bayern stärker beteiligt. Ob diese wichtige Forderung erfüllt wird, ist immer noch unklar. Es gibt bislang weder eine gesicherte Betreiberlösung noch Klarheit darüber, wer für die Betriebskosten aufkommt. Das hätte jedoch schon längst geklärt sein müssen. Falls der Freistaat Bayern seiner eigentlichen Verpflichtung nicht nachkommt, könnten aufgrund der Beteiligung an der Campus Burghausen GmbH (2/3 Landkreis, 1/3 Burghausen) hier zusätzliche Kosten in nicht unerheblicher Höhe auf die Stadt zukommen. Insgesamt stellt sich aufgrund der noch fehlenden Zusagen für Herrn Stadtrat Aldoza die Frage, ob man das Technikum evtl. über die leistbare finanzielle Grenze hinaus geplant hat und nun auch so ausführt.

Herr Erster Bürgermeister Schneider entgegnet, dass die Hochschule für die Stadt Burghausen, für den Landkreis und drüber hinaus extrem wertvoll ist und sich die Investitionen in die Hochschule auszahlen werden. Natürlich ist hier die Unterstützung des Freistaats notwendig. Herr Erster Bürgermeister Schneider zeigt sich zuversichtlich, dass man diese Unterstützung auch bekommt. Wenn es den Hochschulen Landshut und Ingolstadt und Regensburg gelungen ist, Fördergelder für das Wasserstoffzentrum in Pfeffenhausen zu sichern, wird sicherlich auch die Hochschule Rosenheim die Stadt Burghausen bei der Beschaffung entsprechender Finanzmittel unterstützen. Denn der Standort Burghausen ist als wichtigster und internationalster Außenstandort der Hochschule Rosenheim ein Aushängeschild. Es muss mit großem Nachdruck darauf hingewiesen werden, dass die Stadt sehr viel Geld in diesen Standort investiert. Für diese Investitionen müsste in erster Linie der Landkreis Altötting bzw. der Freistaat Bayern aufkommen. Man ist hier in ständigen Gesprächen mit dem Ministerium und wird sicherlich nicht nachgeben, bis man die Zusagen bekommt, die jetzt noch nicht belastbar genug sind.

Herr Dritter Bürgermeister Angstl weist darauf hin, dass der Städte- und Gemeinderat mehrfach angeführt hat, dass besonders die Kommunen gerade mit den Investitionen in schwierigen finanziellen Zeiten dazu beitragen, die örtlichen Betriebe zu unterstützen. Ebenfalls wurde vom Städte- und Gemeinderat darauf hingewiesen, dass dadurch eine gewisse Verschuldung entstehen wird. Die Stadt übernimmt hier in gewisser Weise eine Verantwortung gegenüber dem Mittelstand und dem Handwerk, indem auf Investitionen eben nicht verzichtet werden soll. Die geänderten Rahmenbedingungen der EU sieht Herr Dritter Bürgermeister Angstl für Burghausen eher positiv. Die Bestrebungen der Souveränität gerade im digitalen Bereich laufen eher darauf hinaus, dass die in Burghausen produzierten Produkte in Zukunft benötigt werden. Im Personalbereich spricht sich Herr Dritter Bürgermeister Angstl klar dafür aus, die Beschäftigten in ihrer Qualität zu halten und weiterzubilden, dass dann die Arbeit fachgerecht und auf einem höheren Niveau zum Wohl der Bürgerinnen und Bürger ausgeführt werden kann. Natürlich entstehen dafür hohe Kosten, die aber auch notwendig sind. Insgesamt ist die Stadt personell solide aufgestellt und gut für die Zukunft gerüstet.

Laut Herrn Stadtrat Niedermeier erwarten die Bürger, dass der Stadtrat die aktuelle finanzielle Lage realistisch eingeschätzt und daraus klare Maßnahmen für die Zukunft abgeleitet werden. In der Vergangenheit ist man vom Grundsatz der sparsamen und wirtschaftlichen Haushaltsführung immer wieder abgewichen und hat die Finanzmittel über die reinen Pflichtaufgaben hinaus eingesetzt. Man muss jetzt wieder dahin zurückkehren, dass die Gelder vorrangig für die Pflichtaufgaben eingesetzt werden. Wie die Vorredner schon betont haben, gibt es im Haushalt drei zentrale Schwachstellen (Personalkosten, sachlicher Betriebs- und Erhaltungsaufwand und die freiwilligen Leistungen). Herr Stadtrat Niedermeier erwartet, dass für die Zukunft ein klares Konzept hinsichtlich Finanzierung und Priorisierung für diese Schwachstellen aufgestellt wird. Dieses Konzept soll auch nicht nur den städtischen Haushalt, sondern auch für die städtischen Gesellschaften betreffen. An Herrn Stadtrat Kammhuber gerichtet sagt Herr Stadtrat Niedermeier, dass man die nicht umgesetzten Projekte der vergangenen Jahre nicht pauschal als Einsparung darstellen kann, da dies so auch nicht den Tatsachen entspricht. Abschließend spricht sich Herr Stadtrat Niedermeier dafür aus, den Haushalt vor Beginn des neuen Haushaltsjahres zu besprechen und zu verabschieden, um vorläufige Haushaltsführungen künftig zu vermeiden.

Herr Erster Bürgermeister Schneider erwidert, dass die Diskussion zeigt, dass es sich um keinen gewöhnlichen Haushalt einer Kommune handelt, da sich die Entscheidungen der Welt- und Bundespolitik auf die Burghausener Unternehmen wesentlich stärker auswirken. Die Stadt hat sich immer dadurch ausgezeichnet, mehr zu leisten als lediglich die Pflichtaufgaben zu erfüllen. Gerade die Vereinsförderung, das Angebot der sozialen Einrichtungen und der gesellschaftliche Zusammenhalt haben für Herrn Ersten Bürgermeister Schneider einen enormen Wert. Sicherlich muss hier manches reduziert werden. Es kann aber nicht der Anspruch sein, sich nur auf das Notwendigste zu beschränken. Ziel sollte sein, sich finanziell weiterhin so aufzustellen, dass man mehr leisten kann, als nur die reine Erfüllung von Pflichtaufgaben. Man wird evtl. nicht mehr die sehr hohen Gewerbesteuererinnahmen der Vergangenheit erzielen können. Herr Erster Bürgermeister Schneider hat jedoch die Zuversicht, dass sich die örtlichen Unternehmen mit ihren zukunftsfähigen und sehr guten Produkten am Markt behaupten. Es müssen aber auch auf europäischer und auf Bundesebene manche Rahmenbedingungen wieder geändert werden, da die Regelungen aktuell die Wettbewerbsfähigkeit stark behindern.

Entsprechend der Empfehlung fasst der Stadtrat folgenden Beschluss:

Die Eckdaten zum Haushalt 2026 werden zur Kenntnis genommen.

Mit allen 23 Stimmen

### 3. Sonstiges

#### 3.1. Antrag AfD - Degrowth-Politik der Bundesregierung und Landesregierung ernst nehmen; wirtschaftlichen Abschwung im Stadthaushalt abbilden; zukünftiger Schuldknechtschaft Burghausens jetzt schon entgegensteuern

Herr Stadtrat Thomas Schwembauer hat am 19.11.2025 beiliegenden Antrag (sh. Anlage 1) per email eingereicht.

Gemäß Stadtratsbeschluss vom 19.11.2025 wurde der Antrag als nicht dringlich erachtet und wird somit innerhalb der gesetzlichen 3-Monats-Frist behandelt.

In dem Antrag wurden folgende drei Unteranträge gestellt:

1. Die freiwilligen Leistungen der Stadt Burghausen an das Busunternehmen Brodschelm werden von ca. 1,5 Mio. € auf 500.000,00 € pro Jahr reduziert.
2. Die freiwilligen Leistungen der Stadt an die Verkehrsüberwachung im Landkreis werden gestrichen.
3. Das „Bürgerhaus“ und das „Haus der Familie“ haben ihre Betriebsausgaben und Personalausgaben selbst zu erwirtschaften.

Hierzu nimmt die Verwaltung wie folgt Stellung.

#### Zu 1:

Beim Citybus-Betrieb/ Ortsverkehr Burghausen handelt es sich um einen Kooperationsvertrag zwischen der Stadt Burghausen und der Fa. Brodschelm, mit einer Laufzeit bis 2029. Der Vertrag regelt die Pflichtleistungen beider Kooperationspartner inkl. des haushälterisch wirkenden Defizitausgleiches.

Die mit Stadtratsbeschluss vom Juli 2025 beschlossenen Tarifänderungen im Ortsverkehr Burghausen ab dem 1. September 2025 werden den Haushaltsansatz für 2026 von 1,1 Mio. € auf etwa 800.000 € reduzieren.

#### Zu 2:

Die Stadt Burghausen ist Mitglied im Zweckverband Kommunale Verkehrssicherheit und wickelt hierüber die im Stadtgebiet Burghausen veranlassten Geschwindigkeitskontrollen ab. Aufgewendet werden hier jährlich ca. 90.000 € (Fallbezogene Abrechnung). Eingenommen werden ca. 270.000 € (Werte 2025).

#### Zu 3:

Das Bürgerhaus und das Haus der Familie sind kulturelle bzw. soziale Einrichtungen, die neben allgemeinen Verwaltungs- und Beratungstätigkeiten Veranstaltung organisieren und Räume an Vereine, soziale Einrichtungen, Privatpersonen und externe Veranstalter vermieten oder unentgeltlich vergeben.

Eine Erwirtschaftung ihrer Personal- und Betriebsausgaben wäre nur möglich, wenn alle Beratungs-, Organisations- oder Verwaltungstätigkeiten kostenpflichtig wären (z.B. Koordination der KiTa-Platz-Vergabe, Erteilung von Auskünften, Organisation von Musik am Wasserplatz u.ä.). Auch müssten die Räume in beiden Häusern zu deutlich höheren Preisen vermietet werden. Kostenlose Raumüberlassungen, z.B. an Vereine oder soziale Einrichtungen, würden damit entfallen.

Dies würde den Zielen beider Einrichtungen komplett widersprechen.

*Herr Stadtrat Schwembauer begründet den Antrag (auf die der Stadtrats-Ladung beigefügten Beschlussvorlage mit Antrag und Begründungsteil wird verwiesen.*

**Es wird folgender Beschluss gefasst:**

Der Antrag Nr. 1 wird als erledigt betrachtet.

Mit 21 zu 1 Stimmen

**Frau Stadträtin Brodschelm hat an der Beratung und Abstimmung nicht teilgenommen.**

Der Antrag Nr. 2 wird als erledigt betrachtet.

Mit 22 zu 1 Stimmen

Der Antrag Nr. 3 wird als erledigt betrachtet.

Mit 22 zu 1 Stimmen

**Anfragen/Sonstiges**

**1. PFOA; Zahlung von Schadensersatzleistungen**

*Herr Erster Bürgermeister Schneider informiert, dass die Stadt und die Wirtschaftsbeteiligungsgesellschaft Burghausen mbH über die Kanzlei Graf von Westfalen ein Schreiben an die Firma Dyneon geschickt haben, in dem gegenüber Dyneon eine Schadensersatzforderung in Höhe von 78 Mio. € geltend gemacht wird. Zudem wird in dem Schreiben ausdrücklich darauf hingewiesen, dass sich die Stadt eine gerichtliche Klage vorbehält, falls keine Vergleichsgespräche zustande kommen. Die Forderung setzt sich aus drei Punkten zusammen:*

- *bisher entstandene Kosten, die ursächlich auf PFOA zurückzuführen sind und die aufgrund entsprechender Rechnungen der Höhe nach bekannt sind*
- *absehbare zukünftige Kosten, die auf Basis von Bodenproben mit einer relativ genauen Angabe der m<sup>3</sup>, hochgerechnet mit einem angenommenen Betrag für die Entsorgung berechnet wurden*
- *hochgerechnete Kosten für noch nicht vollständig beprobte Grundstücke, bei denen jedoch aufgrund der durchgeführten Teilproben Rückschlüsse auf das Gesamtgrundstück gezogen werden können*

*Nach Ansicht von Herrn Stadtrat Schultheiß muss die Stadt die Problematik für sich selbst lösen. Bereits vor sieben Jahren wäre man auf Zutun von Herrn Steinberger (damaliger Geschäftsführer der WiBG) soweit gewesen, dass man das belastete Erdreich in einer Deponie in Haiming hätte entsorgen können. Diese Lösung wurde damals verworfen, da man es für sinnvoller erachtet hat, dass das Landratsamt Altötting eine Lösung erarbeiten soll. Von Seiten des Landratsamts wurde jedoch in den vergangenen sechs Jahren nichts unternommen. Herr Stadtrat Schultheiß bittet Herrn Ersten Bürgermeister Schneider, das Problem selbst in die Hand zu nehmen, bevor Dyneon weg ist und die Stadt vielleicht gar keine Schadensersatzleistungen mehr bekommt. Es muss auch die Aufgabe des nächsten Stadtrats sein, dass die PFOA-Problematik für die Stadt gelöst wird.*

**2. Ortsumfahrung Burghausen**

*Herr Erster Bürgermeister Schneider verweist auf den Zeitungsartikel im Burghauser Anzeiger „Burghauser Umfahrung: Wie viel Nutzen?“ vom 11.02.2026. und betont, dass er voll hinter der für Burghausen wichtigen Ortsumfahrung steht. Er ist dazu auch im ständigen und häufigen Kontakt mit Herrn Maltan (Leiter Staatliches Straßenbauamt Traunstein), um die Realisierung weiter voranzutreiben. Das Ziel ist, dass die Unterlagen für das Planfeststellungsverfahren in einer Vorabversion an die Planfeststellungsgenehmigungsbehörde übergeben werden sollen, damit die Regierung von Oberbayern die Unterlagen vorab prüfen kann und dann zügig in das Planfeststellungsverfahren eingestiegen werden kann. Herr Erster Bürgermeister Schneider hofft, dass die Vorausmappe noch im ersten Quartal an die Regierung von Oberbayern übergeben werden.*

Aufgrund des Zeitungsartikels hat Herr Erster Bürgermeister Schneider mit dem Bundestagsabgeordneten Stephan Mayer telefoniert und nochmals die Unterstützung und klare Positionierung zur Ortsumfahrung eingefordert und dass man gemeinsam bei den zuständigen Ministerien mit Nachdruck darauf hinwirken sollte, dass sich die Ortsumfahrung nicht weiter verzögert. Herr Mayer hat diese Unterstützung zugesagt. Herr Erster Bürgermeister Schneider hält die Position der Gemeinde Mehring (Forderung einer eigenen Kosten-Nutzen-Analyse) in keinster Weise für zielführend. Viel zielführender wäre es dagegen, dass man gemeinsam nach einer Lösung sucht, wie die Gemeinde Mehring von dieser Ortsumfahrung profitieren und sich weiterentwickeln könnte. Es geht hier ja auch nicht nur um Burghausen, sondern um den Lückenschluss der B20 zwischen Straubing und Freilassing. Deswegen ist es wichtig, so schnell wie möglich in das Planfeststellungsverfahren einzusteigen.

### **3. Kritik an den unzähligen AfD-Anträgen in den vergangenen sechs Jahren**

Herr Stadtrat Kamhuber äußert seinen über die letzten sechs Jahre aufgestauten Unmut über die vielen, unsäglichen AfD-Anträge von Herrn Stadtrat Schwembauer. Herr Stadtrat Schwembauer wirft dem Gremium immer wieder ideologiegetriebene Entscheidungen vor. Gleichzeitig beschuldigt Herr Stadtrat Schwembauer, die Politik in Berlin und Brüssel hätte zum Ziel, Deutschland zu deindustrialisieren. Tatsache jedoch ist, die wirtschaftspolitischen Positionen der AfD-Partei (Ausstieg aus dem Euro, Abkehr von der Europäischen Union, Zurück zum Binnenmarkt) würden unserer exportorientierten Wirtschaft schaden und das Fachkräfteproblem Deutschlands massiv verschärfen. Gerade die regionale Industrie und der Mittelstand leben von ausländischen Aufträgen und von internationalen Fachkräften. Durch eine Reduzierung auf den Binnenmarkt würden die Firmen darunter leiden und Arbeitsplätze gehen verloren. Wenn man Kommunalpolitik und das Stadtratsmandat ernst nehmen möchte, muss man aber auch Präsenz zeigen. Herr Stadtrat Kamhuber wirft Herrn Stadtrat Schwembauer vor, bei keiner einzigen Fraktionssprechersitzung in dieser Legislaturperiode anwesend gewesen zu sein. Die Teilnahme wäre jedoch wichtig gewesen, um über die städtische Politik informiert zu sein und in den Stadtratssitzungen verantwortungsvoll abstimmen zu können. Auch bei Veranstaltungen, Terminen von Vereinen oder im Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern war Herr Stadtrat Schwembauer nicht anzutreffen. Es ist nach Ansicht von Herrn Stadtrat Kamhuber originäre Aufgabe des Stadtrats, in der Stadtgesellschaft präsent zu sein, um angesprochen werden zu können und mitzubekommen, was die Burghauser Bevölkerung bewegt. Durch die zahlreichen, sehr kurzfristigen Dringlichkeitsanträgen wird das Personal der Verwaltung gebunden und oft mit Themen beschäftigt, die schon seit Wochen bekannt sind. Das ist kein kostenschonender Umgang mit Ressourcen, die von Steuergeldern bezahlt werden. Das passt nicht zu den in den Anträgen immer wieder betonten Kostenbewusstsein. Herr Stadtrat Kamhuber betont, dass es ihm nicht um die unterschiedliche politische Meinung geht. Es geht um die Zukunft der Stadt Burghausen, die weiterhin auf demokratische Werte aufbauen und nicht von Autokraten oder Despoten geprägt werden soll.

Herr Stadtrat Schwembauer hält dagegen, dass es von Rechts wegen gestattet ist, Anträge zu stellen. Es ist auch klar geregelt, bis wann die Anträge gestellt werden dürfen. Herr Stadtrat Schwembauer hält sich hier an Recht und Gesetz. Auch die in den Anträgen aufgeführten Fakten sind belegt. Unbestritten ist, dass man aus diesen Fakten unterschiedliche politische Schlussfolgerungen ziehen kann. Richtig ist, dass Herr Stadtrat Schwembauer bei keiner Fraktionssprechersitzung anwesend war. Das liegt aber auch daran, dass er in Berlin arbeitet und für die Stadtratssitzungen nach Burghausen fährt. Zudem war er auch lange nicht zu den Fraktionssprechersitzungen eingeladen.

4. **Verkehrssituation Burgstraße (Hotel Glöcklhofer bis Curaplatz)**

*Auf die Ausführungen im StR-Protokoll vom 10.12.2025 (Anfrage Nr. 8, öffentlich) wird verwiesen.*

*Frau Stadträtin Bachmeier fragt nach, ob die Stellungnahme der Polizeiinspektion Burghausen schon vorliegt.*

Nachrichtlich:

Laut Stellungnahme der Polizeiinspektion Burghausen vom 16.12.2025 haben sich im Zeitraum 01.12.2022 bis 30.11.2025 keine Verkehrsunfälle mit Personenschaden und 5 Unfälle mit Sachschaden (2x beim Ausparken gegen Fahrzeug des fließenden Verkehrs, 2x geparktes Fahrzeug gestreift, 1x Fehler beim Anfahren aus gegenüberliegender Bushaltestelle) ereignet. An der Einmündung der Burgstraße zum Ludwigsberg sind in diesem Zeitraum insbesondere keine Einbiege- und Abbiegeunfälle verzeichnet. Insgesamt wird das gegenwärtige Unfallgeschehen bei der Polizei Burghausen als nicht auffällig bewertet. Es besteht aus polizeilicher Sicht daher kein dringender Handlungsbedarf.

5. **Jahresbericht der Behindertenbeauftragten**

*Frau Stadträtin Bachmeier verweist auf den Jahresbericht der Behindertenbeauftragten (Herr Bachmeier und Herr Hentrich). Herauszustellen ist, dass viele Gespräche mit den Bürgern geführt wurden und den betroffenen Personen konkrete Hilfestellungen angeboten bzw. vermittelt werden konnten. Die beiden Behindertenbeauftragten danken allen Beschäftigten der Stadt für die gute Zusammenarbeit und Unterstützung bei den vorgebrachten Anliegen. Eines der Zukunftsprojekte ist, die Rollstuhltauglichkeit auf dem Friedhof zu verbessern. Diese Vorhaben würde Frau Stadträtin Bachmeier sehr unterstützen. Hier ist durchaus Handlungsbedarf vorhanden.*

6. **Stadtblatt Bündnis 90/Die Grünen, Kreisverband Altötting; Artikel „Zugriff für Rechnungsprüfungsausschuss auf Gesellschaften nicht gewollt“**

*Herr Stadtrat Harrer äußert sich in seiner Funktion als Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses kritisch über einen Artikel im Stadtblatt der GRÜNEN des Kreisverbands Altötting. In diesem Artikel geht es darum, dass der Stadtrat das von Herrn Stadtrat Aldoza befürwortete, umfassende Prüfungsrecht für den Rechnungsprüfungsausschuss für die städtischen Gesellschaften abgelehnt hat. Vor allem der letzte Satz „Oder gibt es hier etwas zu verbergen?“ kann nicht unkommentiert stengelassen werden, da in der Öffentlichkeit der Eindruck entsteht, man hätte wirklich etwas zu verbergen. Dies weist Herr Stadtrat Harrer jedoch entschieden zurück. Die Jahresabschlüsse der städtischen Gesellschaften werden von einem dafür bestellten, unabhängigen Wirtschaftsprüfer geprüft und dem jeweiligen Aufsichtsrat vorgestellt. Der Aufsichtsrat spricht abschließend eine Empfehlung an die Gesellschafterversammlung (Stadtrat) aus, die den Jahresabschluss feststellt und die jeweiligen Geschäftsführer der städtischen Gesellschaften entlastet. Dieses Verfahren ist transparent und hat sich bewährt.*

*Herrn Stadtrat Aldoza gefällt nicht, dass Herr Stadtrat Harrer seine Argumentation auf einen einzigen Satz aus dem Artikel aufbaut, noch dazu, weil dadurch der Eindruck erweckt wird, dass allein durch Herrn Stadtrat Aldoza dieses Thema aufgebracht worden ist. Die Thematik wurde jedoch intensiv im Rechnungsprüfungsausschuss diskutiert und als Anmerkung an den Stadtrat weitergegeben. Im Stadtrat wurde dann nach entsprechender Diskussion eine Entscheidung getroffen, die Herr Stadtrat Aldoza auch so akzeptiert hat. Herr Stadtrat Aldoza hat dazu nun lediglich einen Meinungsbericht für das Stadtblatt (Parteizeitung des Bündnis 90/Die Grünen, Kreisverband Altötting) verfasst.*

7. Verkehrsschilder

Herr Stadtrat Schwembauer bittet um einen aktuellen Stand, wie viele Verkehrsschilder diese Legislaturperiode gekauft wurden bzw. im Bestand waren.

Nachrichtlich:

Anzahl der bestellten Verkehrszeichen und Hinweisschilder:

2020	254
2021	519
2022	90
2023	236
2024	148
2025	241

Die 241 Schilder im Jahr 2025 wurden nicht alle zusätzlich im Stadtgebiet aufgestellt, sondern überwiegend um den Austausch von bereits bestehenden Schildern. Hierzu gibt es jedoch keine genauen Zahlen.

Ende der öffentlichen Sitzung: 15:45 Uhr

Burghausen, 11.02.2026

STADT BURGHAUSEN



Florian Schneider  
Erster Bürgermeister



Christian Edenhoffer  
Schriftführung